

Resolution des Hauptvorstandes

Die Werte Frieden, Freiheit und Demokratie geschlossen verteidigen

Der Hauptvorstand des Philologenverbandes Niedersachsen hat auf seiner Sitzung am Dienstag, dem 8. März 2022, mit Abscheu und Entsetzen auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine reagiert. Dieser Krieg ist nicht ein Krieg des russischen Volkes, sondern ein Krieg des russischen Präsidenten Putin, der sich gegen das Selbstbestimmungsrecht des ukrainischen Volkes richtet und Frieden, Freiheit und Demokratie in der gesamten Welt bedroht. Unschuldige Bürger sind zu Opfern einer ungehemmten imperialen Machtpolitik geworden. Die massiven materiellen und personellen Zerstörungen sollen den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt des Landes beseitigen und die weitere Entwicklung eines einigen Europas verhindern.

Der Hauptvorstand des Philologenverbandes versichert dem ukrainischen Volk seine Solidarität und Unterstützung gegenüber dieser andauernden Aggression. Krieg und Not dürfen nicht hingenommen werden, die Gewalt darf nicht siegen und die freie Zukunft ganzer Generationen unmöglich machen.

Kinder werden zu Opfern eines verheerenden Krieges, statt die Schule besuchen und angstfrei ihren Lebensweg planen zu können. Wir alle müssen unseren Beitrag dafür leisten, dass diese Kinder eine Zukunft und ein Recht auf ein glückliches Leben haben.

Es ist wichtig, angesichts dieser Bedrohung zusammenzustehen und die Werte Frieden, Freiheit und Demokratie geschlossen zu verteidigen. Dazu gehört eine verstärkte Wertevermittlung in der Schule, die deutlich macht, dass die Wertvorstellungen unserer Verfassungen unumstößlich sind und wehrhaft verteidigt werden müssen. Der Gedanke der Völkerverständigung darf dabei nicht vernachlässigt werden.

Der Philologenverband begrüßt deshalb ausdrücklich die Aussage des Kultusministers, dass Lehrkräfte im Unterricht eindeutig Position dafür beziehen sollen, „dass Angriffe auf die Menschenrechte und auf grundlegende völkerrechtliche und demokratische Prinzipien nicht hinnehmbar sind“.

Wir müssen diese Werte verteidigen.

Hannover, 8. März 2022